

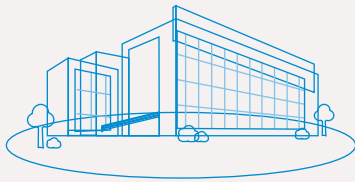
WIR MACHEN BAYERN ZUKUNFTSFÄHIG

UNSERE BEITRÄGE UND FORDERUNGEN ZUR TRANSFORMATION DER DASEINSVORSORGE

BAYERISCHE LANDTAGSWAHLPERIODE 2023–2028



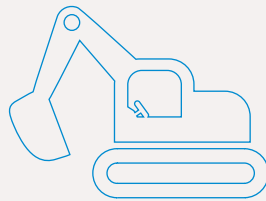
› KENNZAHLEN DER VKU-LANDESGRUPPE BAYERN



214

Mitglieder

*vertritt die VKU-Landesgruppe Bayern
Stand 2023*



2,5 Mrd.

Investitionen in Euro

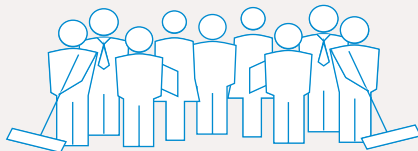
tätigen unsere Betriebe jedes Jahr

Rund

41.000

Mitarbeiter:innen

beschäftigen die Mitglieder der Landesgruppe



18 Mrd.

Umsatzerlöse in Euro

erwirtschaften die Mitglieder der Landesgruppe jährlich

VORWORT

Wir befinden uns durch Konflikte, Klimaveränderungen und ständige Innovationen weltweit im Wandel. Wir haben dabei die Wahl, ob wir die Hände in den Schoß legen und die Veränderungen über uns hereinbrechen lassen oder ob wir heute Entscheidungen treffen. Die nötigen Weichen für ein zukunftsfähiges Bayern sind in der kommenden Legislaturperiode des bayerischen Landtags zu stellen.

Seit über 150 Jahren haben sich kommunale Unternehmen wiederkehrend entschlossen, Dinge im Wandel selbst in die Hand zu nehmen. Wir sind die Gestalter vor Ort und verlässliche Partner in Transformationsprozessen. Mehr denn je haben wir die dafür nötigen Schritte in und mit der Gesellschaft auf allen Ebenen zu bewältigen.

Um unsere kommunalen Dienstleistungen auch künftig sicher zu liefern, benötigen wir den Umbau unserer Infrastrukturen. Wir alle müssen im Persönlichen Gewohnheiten ändern. Auch brauchen wir die Transformation der Wirtschaft. Klimaschutz ist Voraussetzung, um Klimawandelfolgen zu minimieren. Bereits heute beschädigen Extremereignisse Infrastrukturen. Dies stellt neue Herausforderungen an dieselben. Wasser, das wir liefern, muss vorhanden sein und ist nur so gut, wie der Zustand unserer Landschaft, Böden und unseres Grundwassers. Ansonsten bedarf es teurer Aufbereitung. Energie wird teuer, wenn sie knapp ist. Die Energiewende verlangt daher hohe Investitionen von allen Beteiligten in regenerative Erzeugung, neue Systembestandteile und Netze. Effizienz und auch Sparsamkeit sind groß zu schreiben, um Flächen zu schonen. Denn nicht zuletzt behalten unsere Kommunen kommunale Planungshoheit über diese Flächen und somit Gestaltungsfreiheiten, je weniger Energieerzeugung nötig ist. Damit nehmen zugleich Konflikte ab und es steigt die Akzeptanz für den nötigen Wandel. Für die Kommunikation müssen Daten austauschbar sein.

Die nötige, laufende Transformation erhält somit unsere langfristigen Lebens- und Arbeitsgrundlagen. Zugleich ist sie in der Daseinsvorsorge unsere praktische Aufgabe.

Klar ist dabei auch: Die Herausforderungen der politischen Ziele in Bayern zur Klimaneutralität 2040, gleicher Lebensverhältnisse und guter Standortbedingungen sind enorm. Unsere Mitglieder stehen vor einem historisch einzigartigen Umbau der Versorgungslandschaft, mit so vielen technischen Versorgungsoptionen, wie nie zuvor. Doch müssen wir die Ressourcen haben, diese umzusetzen. Gesetzliche Vorschriften, Genehmigungsprozesse und politischer Wille dürfen in der knappen Zeit bis 2040 keine Hindernisse mehr sein. Wo sie

es sind, sind sie in der kommenden Legislaturperiode aus dem Weg zu räumen. Insbesondere Verwaltungsabläufe und Entscheidungsprozesse müssen vereinfacht werden, ineinandergreifen und die rasche Transformation unserer Infrastrukturen ermöglichen.

Es sind die kommunalen Unternehmen, die bereits erfolgreich Geothermianlagen und Wärmenetze betreiben, die in ihren Netzen den regenerativen Strom aufnehmen, Wärmepumpen integrieren, erste Wasserstoffelektrolyseure einbetten und Ladesäulen errichten. Die technische Entwicklung findet somit in unseren Infrastrukturen statt. Die exportorientierte bayerische Wirtschaft geht bevorzugt mit bewährten Produkten auf die Weltmärkte. Oft erprobt und erfolgreich bewährt in der Zusammenarbeit mit unseren Unternehmen. In Bayern produziert, weil wir ohne Brüche unsere schon langfristig sicher betriebenen Infrastrukturen in den Übergängen der Transformation für Bayern am Laufen halten. Und weil wir staatliche Aufgaben umsetzen, wie Preisbremsen und Vergütungen.

Durch ihre meist spartenübergreifende Arbeit im Querverbund schaffen kommunale Unternehmen die Qualität, die den Wirtschaftsstandort Bayern international attraktiv hält. Ihre Leistungsfähigkeit ist Spiegel der Lebensqualität vor Ort. Viele Länder der Welt beneiden uns um diese gut funktionierende Daseinsvorsorge.

Mit der Verankerung seit 1946 in der Bayerischen Verfassung liegt die Ver- und Entsorgung der Bürger:innen mit Basisinfrastrukturen in den Händen der Kommunen. Somit sind kommunale Unternehmen verfassungsmäßig die Basis des täglichen Lebens in Bayern. Wir werden diese Rolle auch in Zukunft gestalten.

Zukunftsweisende Politik stärkt somit die kommunalen Unternehmen in Bayern. Das schafft gleichwertige Lebensbedingungen und hält Bayern auch in Zukunft wettbewerbsfähig. Starke kommunale Unternehmen vor Ort müssen daher Ziel der kommenden, neuen Staatsregierung sein, verankert in ihrem Regierungsprogramm.



Marcus Steuerer
Vorsitzender der
VKU-Landesgruppe Bayern



Gunnar Braun
Geschäftsführer der
VKU-Landesgruppe Bayern

› NÖTIGEN WANDEL GESTALTEN – WIR MACHEN BAYERN ZUKUNFTSFÄHIG

Bayern hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu sein. Durch die Umsetzung entsprechender Maßnahmen und dem damit einhergehenden sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft soll allen Generationen auch in Zukunft ein lebenswertes Bayern erhalten bleiben. Doch auch jenseits von Klimazielen ist der Umbau geboten: Wasser ist zu sichern, soziale Teilhabe und Zusammenhalt durch das Angebot öffentlicher Dienstleistungen zu stärken und unser Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb attraktiv zu halten.

Damit ist Bayern nicht allein. Würden alle Menschen so leben, wie die Menschen in Deutschland, bräuchten wir jährlich drei Erden. Die Ressourcen der Welt sind begrenzt, die Artenvielfalt nimmt ab und das Weltklima wandelt sich noch schneller als gedacht. Als Menschen sind wir Teil dieser, unserer Welt. Unser aller Leben ist auf eine intakte Umwelt angewiesen: Wir müssen also lernen, auf nur einer Erde zu leben und unsere Gesellschaft und Wirtschaft entsprechend umbauen. Ein Anfang ist in vielen Bereichen schon gemacht und der European Green Deal legt auf Europäischer Ebene ehrgeizige Grundlagen für den „Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft“. Die Worte „Energie-“, „Wärme-“ und „Mobilitäts-wende“ sind inzwischen altbekannt und unterstreichen den erforderlichen Transformationsbedarf. Die Technologien stehen zur Verfügung.

Um Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen, müssen binnen 17 Jahren über Jahrzehnte gewachsene Infrastrukturen transformiert und lieb gewonnene Strukturen und Verhaltensweisen abgelegt werden. Je früher wir damit beginnen, desto günstiger und weniger beschwerlich wird dieser Transformationsprozess, hatte zum Klima schon 2006 Sir Nicolas Stern im sogenannten „Stern Report“ festgestellt. Dies erfordert von allen gesellschaftlichen Akteuren höchste Anstrengungen und bisweilen auch schmerzhaft Kompromisse.

Insbesondere der Wasserschutz ist hier in den Blick zu nehmen. Er treibt die Zweckverbände und Mehrspartenunternehmen gemeinsam um. Technisch werden Verbundleitungen und Betriebskooperationen geschaffen. Doch bedarf es politischer Weichenstellungen und klarer politischer Flankierung bei gesellschaftlichen Widerständen, damit sauberes, naturbelassenes Wasser unsere Leitungen jederzeit füllen kann. Hierzu bleibt unter anderem das Gespräch über den gewässer-/umweltschonenden Einsatz von Dünger und Pestiziden entscheidend. Alles andere ist kostspielig in der Wasseraufbereitung, für Gesundheit und Biodiversität.

Schlüsselrolle für kommunale Unternehmen bei Transformation

Als demokratisch legitimierte Unternehmen, die sich der Daseinsvorsorge und nicht der kurzfristigen Rendite verschrieben haben, kommt den kommunalen Unternehmen bei dieser Transformation eine Schlüsselrolle zu. Sie sind fest vor Ort verankert und kennen die lokalen Gegebenheiten mit ihren zentralen Akteuren in Wirtschaft und Politik. Sie sind Betreiber der Infrastrukturen des Lebensmittels Nr. 1, unserem Wasser. Und sie sind entscheidender Teil der Energiewirtschaft, die Teil der Transformation ist, Investitionen stemmen und diese zugleich ermöglichen muss. Währenddessen erfahren die eigenen Infrastrukturen Wandel von außen. Wertvoll ist der lange Erfahrungsschatz kommunaler Unternehmen, über 150 Jahre Veränderung schon fortlaufend mitgestaltet zu haben. In dieser Kontinuität bieten sie als lokale Arbeitgeber allen Generationen Perspektiven in sinnstiftenden Aufgaben. Die Bedeutung der Daseinsvorsorge sollte in der Allgemeinbildung fest verankert sein.

Die Weichen für den Wandel in Bayern stellen

Damit die Kommunalwirtschaft in Bayern die Transformation vorantreiben kann, braucht sie politische Klarheit und Unterstützung. Gute Rahmenbedingungen zeichnen sich in dieser Anstrengung durch wirtschaftlich tragfähige Regulierung, einfache Genehmigungsprozesse, anspruchsvolle, aber realistische Fristen und Offenheit für Lösungen vor Ort aus. Unrealistische Wünsche und Sorgen, sowie die Fokussierung auf nicht verfügbare Ressourcen – personell und materiell – dürfen nicht länger die politische Debatte prägen. Andere Länder weltweit wissen sehr gut, die Chancen der Transformation für sich zu nutzen. Auch Bayern muss sich seiner Chancen in der Transformation bewusst werden und Weichen dafür stellen.

Die kommunale Familie in Bayern ist sich der damit verbundenen Anstrengungen sehr bewusst. Kommunale Energienutzungspläne, nun die kommunale Wärmeplanung und Investitionen in regenerative Energien sind tägliche Arbeit. Um sie dauerhaft zu bewältigen, bildet die Kommunalwirtschaft in spannenden Berufen aus und schult das eigene Personal fortlaufend weiter. Zukunftsweisende Beschäftigung sorgt so für Wertschöpfung und sozialen Zusammenhalt vor Ort.

Doch wie unsere Gesellschaft in Summe, sehen sich die kommunalen Unternehmen damit konfrontiert, dass ein hoher Anteil der Belegschaft in den Ruhestand geht. Die freiwerdenden Stellen können nur schwierig mit Fach- und Arbeitskräften nachbesetzt werden. Hier bedarf es staatlicher Initiativen, die die Zuwanderung

und einfache Anerkennung von Fachkräften mit ausländischen Abschlüssen einschließen.

Auch finanziell verlangt die Transformation ein Umdenken. So werden Versorgungsaufgaben mit zu verbrauchenden Brennstoffen und ihren laufenden Kosten durch Investitionen abgelöst. Dies ist bei Wärmenetzen, den meisten regenerativen Energien und Speichern der Fall. Erneuerungsbedarf besteht in der Wasser- und Abwasserwirtschaft und auch der Ausbau der Glasfasernetze, nicht zuletzt als Grundlage der heutigen Arbeitswelt, gehört dazu. Dies wird durch die geltende Regulierung bislang nicht ausreichend berücksichtigt.

Von politischer Seite kann die beschriebene Transformation maßgeblich vorangetrieben werden, indem bürokratische Hürden abgebaut und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Das würde helfen, Bayern als Vorreiter bei Energie-, Wärme- und Mobilitätswende zu etablieren und letztlich entsprechendes Know-how und Technik zu exportieren.

Große Transformationsprozesse wie die Energiewende, die Dekarbonisierung der Wirtschaft, die Digitalisierung oder die Anpassung an die Folgen der Klimakrise erfordern frühzeitige und fortlaufende Weichenstellungen. Ein Warten auf „ruhige Zeiten“ inmitten von multiplen Krisen lohnt nicht. Auch kann sich nicht auf dem schon Erreichten ausgeruht werden. Daher müssen in der nächsten Legislaturperiode wichtige Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Wie unsere Vorstellungen für ein zukunftsfähiges Bayern aussehen und welche Entscheidungen zu treffen sind, ist in den folgenden Kapiteln benannt.

Unsere Kernforderungen an die nächste Staatsregierung:

- › Klares Bekenntnis zu öffentlicher Daseinsvorsorge in Hand der kommunalen Unternehmen
- › Bayern gemeinsam zukunftsfähig gestalten im Sinne des European Green Deal
- › Klimaschutz und -anpassung müssen bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden. Klimaschutz reduziert nötige Klimaanpassung
- › Wasser-, Boden- und Ressourcenschutz ernst nehmen und danach handeln
- › Verankerung der Daseinsvorsorge in der (außer-)schulischen Bildung
- › Das Energiesystem ganzheitlich dekarbonisieren, versorgungssicher und wirtschaftlich für Betreiber und Kunden halten
- › Bürokratische Hürden abbauen und Genehmigungsverfahren beschleunigen
- › Investitionen und Innovationen in Infrastrukturen stärken, um Resilienz in der kommunalen Grundversorgung mit Wasser, Energie, Internet und Abfall- und Abwasserentsorgung sicherzustellen

› SINNSTIFTENDE UND GUTE ARBEIT VOR ORT ERHALTEN

Sinnstiftende Tätigkeit vor Ort

Die Mitglieder des VKU in Bayern beschäftigen 41.000 Mitarbeiter:innen und 1.600 Auszubildende. Die Tätigkeiten in den Stadt- und Gemeindewerken sind äußerst vielfältig, da die Unternehmen in unterschiedlichen Sparten tätig sind und zunehmend neue Geschäftsmodelle entwickeln. Die Arbeit ist mit ihrem großen Mehrwert für die Gesellschaft höchst sinnstiftend. Ohne die Beschäftigten in den kommunalen Unternehmen würde keine Glühbirne leuchten, käme das Wasser nicht aus dem Hahn oder wäre nicht trinkbar. Das Abwasser würde nicht entsorgt und wir könnten vom Homeoffice und sauberen Kommunen nur träumen. Kommunale Arbeitgeber bieten sichere Arbeitsplätze, unabhängig von der Konjunktur, die nach Tarifvertrag vergütet werden. Flexible und geregelte Arbeitszeiten erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Doch stehen auch die kommunalen Unternehmen vor der Herausforderung, dass sich auch bei ihnen der Fach- und Arbeitskräftemangel bemerkbar macht: In Anbetracht einer zunehmend alternden Gesellschaft, einer zunehmenden Akademisierung bei den Jüngeren sowie durch die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft. Nachdem dies auch andere Branchen betrifft, fordern wir die Entwicklung einer bayerischen Fachkräftestrategie sowie Erleichterungen bei der überbetrieblichen Ausbildung, sodass ein:e Auszubildende:r auch Stationen in mehreren Unternehmen durchlaufen kann. Dazu gehört, dass das Bildungsniveau der Schulabgänger:innen zu grundlegenden Kenntnisse gestärkt wird, da es sonst durch die Ausbildungsbetriebe aufgefangen werden muss. Eine bayerische

Kampagne zur gesellschaftlichen Aufwertung von Ausbildungsberufen und die erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse können den Fachkräftemangel abfedern.



Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Bildungsniveau von Schulabgänger:innen steigern, v.a. bei grundlegenden Kenntnissen, um Defizite nicht durch Ausbildungsbetriebe abfangen zu lassen
- › Stärkung von MINT-Fächern, unabhängig von Schulart und Geschlecht
- › Bayerische Kampagne zur gesellschaftlichen Aufwertung von Ausbildungsberufen aufsetzen
- › Überbetriebliche Ausbildung erleichtern
- › Bayerische Fachkräftestrategie entwickeln
- › Zugang zum Arbeitsmarkt u.a. durch erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ermöglichen

› DEN DIGITALEN WANDEL ALS WERKZEUG DER TRANSFORMATION BAYERNS SICHERSTELLEN

Kommunale Infrastruktur als Basis für den digitalen Wandel

Kommunale Unternehmen haben viele Teile Bayerns an schnelles Internet angebunden. Dabei wählen sie mit Glasfaser die Kommunikationstechnologie für Zukunftsperspektiven der Wirtschaft und der Bürger:innen. Dies geschieht vor allem eigenwirtschaftlich, aber auch in Teilen über die bayerischen Förderprogramme. Die jährlichen Breitbandinvestitionen kommunaler Unternehmen in Bayern beliefen sich 2021 auf 106 Millionen Euro, die Netzlänge lag bei 55.700 Kilometern. Damit könnte man die Erde am Äquator 1,4 mal umrunden. Bei den Investitionen setzen die kommunalen Unternehmen auf Ausbau-Kooperationen und marktverhandelten Open Access zur bestmöglichen Nutzung und Amortisation von Netzinvestitionen. Gleichzeitig legen kommunale Unternehmen mit ihren Glasfasernetzen die Basis, dass auch der Mobilfunkausbau voranschreitet, indem 5G-Masten daran angeschlossen werden.

Es können Ressourcen gespart werden, wenn schädlicher Überbau verhindert wird. Dieser entwertet die bereits verlegte Breitband-

infrastruktur. Ressourcen sparen auch Kooperationen und Dienstleistungen mit und für Dritte. Ebenso muss beachtet werden, dass mittels geeigneter Maßnahmen der Wettbewerb zwischen den Unternehmen auf dem Netz statt zwischen Netzen stattfindet und die kommunale Eigentümerstruktur für die kommunalen Unternehmen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft keinen Nachteil darstellt.

Kommunale Unternehmen ebnen mit den Glasfasernetzen den Weg in die Gigabit-Gesellschaft. Sie ermöglichen Teilhabe an den Chancen der Digitalisierung und tragen insgesamt zur Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland bei. Laut Bundesnetzagentur lag der Datenverbrauch bei Breitbandanschlüssen in Deutschland im Jahr 2022 bei 121 Milliarden Gigabyte. Dies entspricht einer Verzehnfachung seit 2014. Nur Glasfasernetze können diese exponentiell steigenden Bedarfe erfüllen. Mit der Breitbandversorgung tragen kommunale Unternehmen somit zu gleichwertigen Lebensverhältnissen vor Ort bei. Parallel betreiben kommunale Unternehmen LoRaWAN-Netze und bieten einen Zugang zum Internet of Things und somit zur Welt der Sensoren.





Digitale Anwendungen für Bürger:innen und Unternehmen vor Ort

Vom digitalen Gründerzentrum über sichere Rechenzentren bis zur IT-Sicherheit arbeiten Stadtwerke nicht nur an der digitalen Basisinfrastruktur, sondern auch an der Gestaltung und dem Schutz unserer zunehmend digitalen Welt. Hierbei reicht die Bandbreite von der Vernetzung von PV-Anlagen mit Elektroautos bis hin zu Sensoren für die Parkplatzsuche. Die Kommunalwirtschaft sichert verstärkt mit digitalen Abbildern die Infrastruktur in Geoinformationssystemen und entwickelt diese mit digitalen Zwillingen fort.

Damit bieten kommunale Unternehmen bereits heute den Bürger:innen und Unternehmen vielfältige intelligente Dienstleistungen, um die Akteure in den Städten und Gemeinden neu und smart zu vernetzen. Mit der Nutzung von Smart Metern sorgen die kommunalen Unternehmen beispielsweise für mehr Transparenz beim Stromverbrauch.

Mit der Digitalisierung gestaltet die Kommunalwirtschaft die Zukunft in den Kommunen klimagerecht, energie- und ressourceneffizient sowie bürgernah. Sie kennt die Bedürfnisse vor Ort und kann auf das Vertrauen der Menschen setzen: Der Schlüssel zum Erfolg liegt auch in der digitalen Welt darin, den Menschen ein passendes Angebot zu machen, das ihre Wünsche miteinbezieht. Dabei steht die Lebensqualität der Bürger:innen im Mittelpunkt.

Zur Realisierung solcher noch neuen Geschäftsmodelle benötigen kommunale Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen für den Umgang mit Daten. Gleichzeitig steigen die Anforderungen für die IT-Sicherheit, die teils mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden sind. Ein Förderprogramm zur Umsetzung fortlaufend höherer IT-Sicherheitsmaßnahmen sollte diese Entwicklung entsprechend flankieren.

Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Kommunale Eigentümerstruktur bei Breitbandnetzen darf kein Nachteil im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft sein
- › Schädlichen Überbau verhindern, denn dieser entwertet die bereits verlegte Infrastruktur und verschwendet Ressourcen
- › Maßnahmen für Wettbewerb auf dem Netz statt zwischen Netzen
- › Gleiche Wettbewerbsbedingungen für kommunale Unternehmen im Umgang mit Daten sichern
- › Förderprogramm zur Umsetzung fortlaufend höherer IT-Sicherheitsmaßnahmen aufsetzen

› KLIMASCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE DASEINSVORSORGE

Kommunale Unternehmen als Schlüsselakteure

Energie-, Wärme- und Mobilitätswende sind zentral für den Klimaschutz in bayerischen Kommunen. Diese treiben wesentlich kommunale Unternehmen voran. Ihre breite thematische Aufstellung macht Sektorkopplung aus einer Hand möglich. So werden Energieversorgung und Mobilitätsangebote zusammen gedacht oder die Infrastruktur der Abwasserbetriebe für die Wärmeerzeugung genutzt. Der ÖPNV hilft, den Individualverkehr zu reduzieren, und die Ladeinfrastruktur kommunaler Unternehmen ist grundlegend für die E-Mobilität im Freistaat. Die öffentliche Wasserversorgung bietet mit Leitungswasser eine nachhaltige Alternative zu abgefüllten Getränken, mit ihren Materialverbräuchen und Transporten.

Gleichzeitig sind kommunale Unternehmen mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert. Veränderte Niederschlagsverhältnisse und steigende Temperaturen wirken sich auf die Wasserverfügbarkeit und -qualität für die Wasserversorgung aus. Spitzenbedarfe der Wassernachfrage sind zu steuern, wenn sie nicht mehr bedient werden können. Auch die Energieversorgung verändert sich, wenn im Klimawandel Laufwasserkraftwerke trockenfallen, Biomassesubstrate verdorren oder fehlendes Kühlwasser in Frankreich Strompreise in die Höhe treibt. Wegen häufigerer Extremereignisse wie Starkregen steigt die Wahrscheinlichkeit wetterbedingter Infrastrukturschäden. Wir müssen uns auf Extreme aller Art einrichten, nicht mehr allein saisonale Hochwasser. Hitze und Dürren sind wir bisher nicht gewohnt.

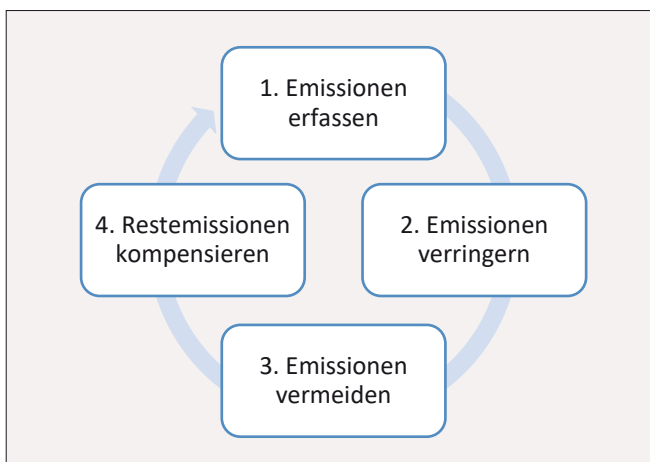
Flächendeckend zukunftsfähige Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern somit verstärkte Anstrengungen

beim Klimaschutz, wie auch flächendeckende Anpassung an den Klimawandel und seine Folgen. In dem Maß, wie wir Klimaschutz vernachlässigen, wachsen die Konsequenzen für uns. Wobei die Anpassung schon heute Grenzen hat. Anpassung an einen ungebremsten Klimawandel ist nicht möglich.

Eine klare Strategie für den Klimaschutz entwickeln

Eine klare strategische Ausrichtung schafft Planungs- und Investitionssicherheit für kommunale Unternehmen. Deshalb muss sich Bayern nicht nur zum Ziel „Klimaneutralität bis 2040“ bekennen, sondern dieses Ziel auch mit der Umsetzung der Transformation des Freistaats hin zur Klimaneutralität unterlegen. Das bayerische Klimaschutzprogramm stellt hier eine wichtige, aber bislang unverbindliche und nicht ausreichende Grundlage dar. Die zeitlichen Abfolgen von Genehmigungen und Realisierung müssen in Einklang gebracht werden mit dem Zieljahr 2040. Hindernisse für die Maßnahmenumsetzung sind auszuräumen. Mit dem Wechsel von konkreten Reduktionszielen zum Ziel „Klimaneutralität“ darf kein Strategiewechsel von der Emissionsreduktion zur umfangreichen Kompensation vermeidbarer Emissionen erfolgen. Nur zum Zeitpunkt der Bilanzierung unvermeidbare Emissionen dürfen kompensiert werden. Dabei müssen Kompensationen hohen Standards genügen. Regelmäßig zu prüfen ist, ob die kompensierten Emissionen weiterhin unvermeidbar sind. So mag eine Glasschmelze unvermeidbare Emissionen haben, jedoch könnte ein Pfandsystem die Häufigkeit der Schmelze zeitnah ersetzen.





Emissionsreduktion als Kreislauf

Grafik: VKU

Pfad zur Klimaneutralität jetzt einschlagen

Der Fokus bayerischer Klimaschutzpolitik muss auf dem schnellstmöglichen Einsparen von Emissionen liegen. Wir erleben zusehends, dass große Mengen verbleibender Emissionen zu einem späteren Zeitpunkt sehr rasch abgebaut werden müssen. Ein koordinierter, sozialverträglicher und gesellschaftlich akzeptierter Strukturwandel kann so immer schwerer gelingen. Wo heute noch in klimaschädliche Systeme investiert wird, ist eine Strategie für deren Umbau vorzulegen, um Lock-In-Effekte zu vermeiden. Dies gilt insbesondere für Tätigkeiten mit staatlicher Unterstützung. In Einklang zu bringen sind zeitliche Horizonte von politischen Zielen, Prozessen und Infrastrukturen, um Übergänge beispielsweise in Gasnetzen technisch, baulich und finanziell gewährleisten zu können. Neue Infrastrukturen wie Wärmenetze bedürfen der Anschubfinanzierung und verlässlicher Anschlusszusagen.

Eine Reihe wirksamer Klimaschutzmaßnahmen basiert auf natürlichen Prozessen, welche vom Klimawandel beeinflusst werden. Mit wirksamem Klimaschutz werden diese Prozesse und somit eine größere Bandbreite von Maßnahmen erhalten. So beeinflusst der fortschreitende Klimawandel z. B. die zur Verfügung stehende Biomasse für die Energieerzeugung und die für die Wasserkraft entscheidenden Abflussmengen in Oberflächengewässern. Ökosysteme, die für die Speicherung von CO₂ genutzt werden können, wie

Wälder und Moore, leiden unter der fortschreitenden Klimakrise. Sie frühzeitig einzudämmen, bedeutet, diese CO₂-Speicher zu erhalten.

Klimaschutz und Klimaanpassung zusammen denken

Klimaschutz und Klimaanpassung müssen gemeinsam betrachtet werden. Effektiver Klimaschutz reduziert das Risiko von weitreichenden Schäden infolge des Klimawandels und trägt so entscheidend zur Resilienz Bayerns im Klimawandel bei. Klimaschutz ist somit der erste Schritt auf dem Weg zur klimaresilienten Kommune.

Einzelne Maßnahmen können sowohl Klimaschutz als auch -anpassung zuträglich sein. So werden beispielsweise mit der Wiedervernässung von Mooren wertvolle CO₂-Speicher geschützt und gleichzeitig ein natürlicher Wasserspeicher erhalten, der bei Starkregen und Dürre eine wichtige Schutzfunktion erfüllt. Ähnliches gilt für den Waldumbau, mit dem die Grundwasserneubildung langfristig gesichert wird und Kohlenstoffsinken erhalten werden. Die Weiterentwicklung des Energiesystems durch kommunale Unternehmen dient hier ebenfalls als Beispiel: Neben der Emissionsminderung erlaubt der Einsatz erneuerbarer Energien eine Diversifizierung und Dezentralisierung des Energiesystems, die es gegenüber Extremwetterereignissen widerstandsfähiger machen. Diese und ähnliche Synergien gilt es zu heben. Gleichzeitig müssen Maßnahmen vermieden werden, die auf ein Ziel einzahlen und dem anderen entgegenstehen oder Risiken in die Zukunft verlagern.

Klimaschutz und Klimaanpassung müssen als Querschnittsaufgaben begriffen werden. Klimaneutralität und ein im Klimawandel resilientes Bayern können am besten erreicht werden, wenn Schutz- und Anpassungsziele in allen Arbeits-, Lebens-, und Fachbereichen „mitgedacht“ werden. Dies gilt es in der neuen Legislaturperiode auch in den Ressorts der Ministerien zu verankern.

Eine klare Strategie zur Klimaanpassung entwickeln

Kommunale Unternehmen treiben die Klimaanpassung in den Kommunen voran. Sie schaffen grüne und blaue Infrastruktur, passen Leitungssysteme an, schaffen mit neuen Wassergewinnungen „zweite Standbeine“ für die öffentliche Wasserversorgung und diversifizieren



die Energieerzeugung. Sie bereiten sich mit dem Katastrophenschutz auf Krisenereignisse vor und stellen Löschwasser bereit. Sie bringen sich aktiv in die Ausarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimaanpassungskonzepte ein.

Um die Leistungen der Daseinsvorsorge langfristig trotz Klimakrise zu sichern, muss vorausschauend und auf Basis aktueller Klimadaten geplant werden, anstatt auf Basis des letzten Extremereignisses. Zudem braucht Bayern eine Klimaanpassungsstrategie, die Anpassungsvorhaben über kommunale Grenzen hinweg anstoßen und koordinieren kann. 2016 wurden in der Bayerischen Klimaanpassungsstrategie erste Festlegungen getroffen, die später im Klimaschutzprogramm des Freistaats Berücksichtigung fanden. Diese Klimaanpassungsstrategie muss gemeinsam – unter Einbeziehung der Kommunen, ihrer Unternehmen und der Wissenschaft – regelmäßig aktualisiert werden, sodass sie aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und die Bedarfe vor Ort reflektiert. Die VKU-Landesgruppe Bayern befasst sich zusammen mit der LMU München mit sektorenübergreifender Resilienz im Klimawandel. Der Fokus liegt auf dem fränkischen Main. Dies ist Teil des Projekts ARSINOE zur Umsetzung des European Green Deals gemeinsam mit 39 Partnern europaweit.

Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung

Klimaschutz und Klimaanpassung benötigen umfangreiche Ressourcen, wie qualifizierte Fachkräfte, die mit den Themen vertraut sind, sowie solide Datengrundlagen für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen. Nur mit dem nötigen Know-how und den nötigen Informationen kann vorausschauend geplant werden. Darauf basieren die nötigen, umfangreichen Investitionen in Infrastrukturen vor Ort. Zahlreiche Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen verschieben laufende Kosten über die Zeit zu zeitnah zu erbringenden Investitionen, die sich langfristig refinanzieren. Kommunale Unternehmen bedürfen hierfür über eine ausreichend starke Eigenkapitaldecke und Förderprogramme, die eigenkapitalgleich nutzbar sind. Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung wirkungsvoll einzusetzen, bedeutet auch, weniger Mittel für klimaschädliches Handeln zu nutzen. Klimaschädliche Subventionen sind abzubauen. So werden öffentliche Gelder für nachhaltige Maßnahmen frei und das eigene Handeln nicht konterkariert. Ein „Klimacheck“ für Vorhaben der Staatsregierung kann dazu beitragen.

Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Umsetzung des BayKlimaG und konsequente Fortführung des Klimaschutzprogramms
- › Frühzeitige und dauerhafte Vermeidung von Emissionen steht vor Kompensation von Emissionen
- › Konsequenter Klimaschutz verringert notwendige Klimaanpassung
- › Entwicklung und Umsetzung einer klaren Strategie, zur Klimaanpassung über kommunale und Fachbereichsgrenzen hinweg
- › Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung werden geschaffen bzw. gesichert: Personal qualifizieren, Datengrundlagen schaffen, Finanzierung sichern
- › Keine Klimaanpassung, die den Klimawandel vorantreibt oder Risiken in die Zukunft oder zu Dritten verlagert

› REGULATORISCHE UND ADMINISTRATIVE RAHMENBEDINGUNGEN – GEMEINSAM HÜRDEN NEHMEN UND BESEITIGEN

Die Bandbreite der Themen der Daseinsvorsorge trifft auf eine große Vielfalt administrativer Vorgaben, regulatorischer Spielregeln, Genehmigungsprozesse und bürokratischer Verfahrensweisen. Über die Jahre sind diese gewachsen. Insbesondere in der Energiekrise durch den Überfall Russlands auf die Ukraine sind auf politischen Wunsch hin Aufgaben von kommunalen Unternehmen übernommen worden, die vom Staat selbst erledigt gehören. Solche sind etwa die Preisbremsen zur Entlastung und zum sozialen Ausgleich. Hier müssen andere Lösungspfade künftige Belastungen der kommunalen Unternehmen vermeiden.

Daseinsvorsorge schaffen kommunale Unternehmen dennoch zu allen Zeiten zuverlässig und gewissenhaft. In den laufenden Umbauten unserer Infrastrukturen passen jedoch zunehmend politische Ziele und zeitliche Abläufe in Verwaltungswegen nicht mehr zusammen. Bürokratische Abfolgen unterschiedlicher Ressorts müssen überdacht, Einzelfallbetrachtungen, wo möglich, durch Muster ersetzt werden. Digitale Prozesse sind nötig, ebenso wie ausreichendes Personal. So optimierte Verfahren können knappe personelle Ressourcen auf allen Seiten freigeben, die für ein höheres Tempo der Transformation benötigt werden.

Gerechte Wettbewerbsbedingungen

Häufig beziehen sich staatliche Förderprogramme in ihrem Anwendungsbereich auf die KMU-Definition gemäß der Empfehlung der Europäischen Kommission. Diese schließt die Mehrheit der kommunalen Unternehmen aus. Das bedeutet, dass kommunale Unternehmen von Erleichterungen, die für Unternehmen ihrer Größe vorgesehen sind, nicht profitieren. Dieser Ausschluss ist unverhältnismäßig und kann nicht durch die öffentliche Beteili-

gung an kommunalen Unternehmen gerechtfertigt werden, da das EU-Beihilferecht die Gewährung ungerechtfertigter Vorteile untersagt. Gerechte Wettbewerbsbedingungen können hergestellt werden, indem die KMU-Definition angepasst oder bei der Formulierung von Förderprogrammen darauf geachtet wird, dass kommunale Unternehmen nicht grundlos ausgeschlossen werden.

Steuerlichen Querverbund dauerhaft erhalten

Der Betrieb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Bädern und Eissporthallen ist für Kommunen regelmäßig mit erheblichen Verlusten verbunden. Kostendeckende Preise sind in diesen Bereichen für die Bürger:innen vielfach nicht zumutbar. Zugleich handelt es sich um Leistungen, die für das Funktionieren des sozialen Zusammenlebens vor Ort oder für die Gesundheit der Bevölkerung von hoher Bedeutung sind. Bürger:innen erwarten richtigerweise, dass solche zentralen Leistungen der Daseinsvorsorge in guter Qualität erbracht werden. Angesichts der angespannten Haushaltssituation in vielen Kommunen stellt sich die Finanzierung dieser Leistungen oft schwierig dar. Erfüllt werden diese Dienstleistungen meist durch die Unternehmen der Kommunen. Hier hat der steuerliche Querverbund eine entscheidende Bedeutung. Durch die Verrechnung der Verluste mit Gewinnen kann die Steuerlast in den kommunalen Unternehmen insgesamt gesenkt werden. Die gesparten Steuern werden dann vor Ort gezielt für den ÖPNV oder den Betrieb öffentlicher Bäder eingesetzt. Den steuerlichen Querverbund zu erhalten und in Bezug auf die Einbeziehung von Bädern klimagerecht weiterzuentwickeln, bedeutet, wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge dauerhaft zu sichern. Er muss überführt werden in die Nutzung mit regenerativen Energien.

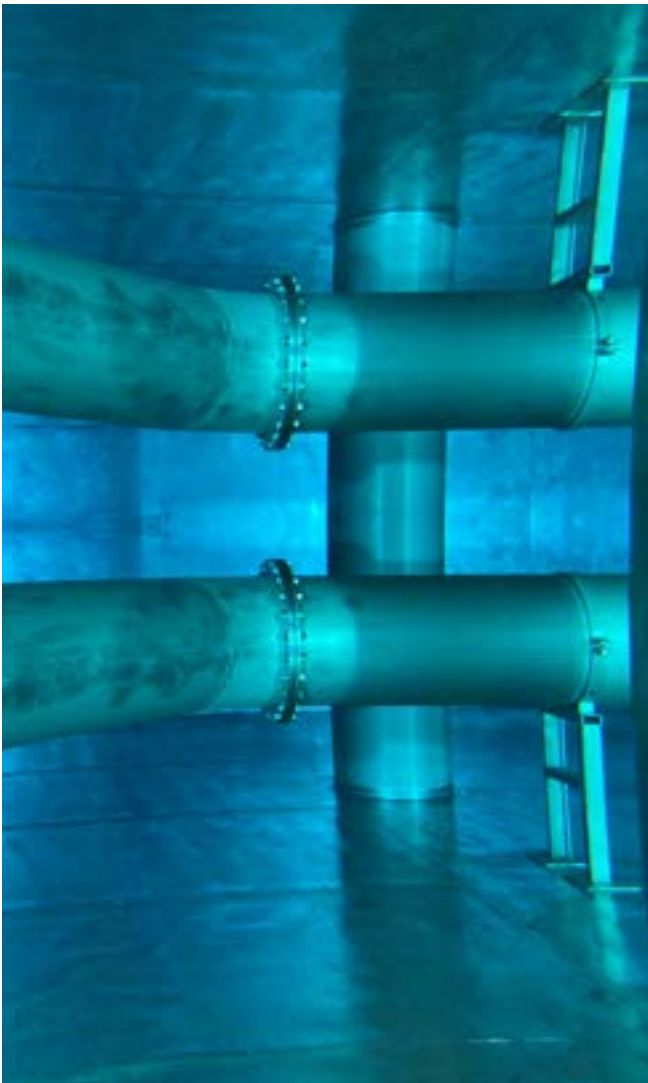
Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Bürokratische Hürden abbauen, damit sich Personal in Unternehmen mit den tatsächlichen Herausforderungen beschäftigen kann
- › Genehmigungsverfahren durch parallele und digitalisierte Prozesse beschleunigen
- › Personelle Kapazitäten in den Behörden erhöhen
- › Gerechtere Wettbewerbsbedingungen für kommunale KMU bei Förderprogrammen herstellen
- › Steuerlichen Querverbund als Finanzierung dauerdefizitärer Leistungen (z.B. ÖPNV, Bäder) erhalten und weiterentwickeln

› WASSER SCHÜTZEN UND ÖFFENTLICHE VERSORGUNG SICHERN

Unverhandelbar für Bayerns Wasserwirtschaft: Vorrang und Vorsorge für das Lebensmittel Nr. 1

Die kommunale Wasserwirtschaft versorgt ganz Bayern mit Leitungswasser, das ganze Jahr und zu jeder Zeit in höchster Qualität und Quantität. Die Wasserversorgung ist eine zentrale Leistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch in Zukunft soll sicheres und hochwertiges Leitungswasser, ortsnah in ausreichender Menge bereitgestellt, eine Selbstverständlichkeit bleiben. Jedoch betreffen auch in Bayern Klimakrise, Spurenstoffeinträge und Personalmangel die öffentliche Wasserversorgung unmittelbar



und erfordern vorsorgendes Handeln. Dabei bestehen oft wichtige Kooperationen mit Landwirt:innen, Naturschutzorganisationen, benachbarten Kommunen und weiteren Partnern. Sie treiben Wasserschutz über die gesetzlichen Vorgaben hinaus voran und bauen resiliente Versorgungsstrukturen auf, z.B. durch Verbundnetze. Mit dem Freistaat besteht vielfache Zusammenarbeit in strategischen und organisatorischen Fragen, wie etwa in den Wasserwerksnachbarschaften und dem Wasserpakt.

Dennoch bleibt es zentrale staatliche Aufgabe die Wasserressourcen für die Bevölkerung vorbeugend zu sichern und zu schützen, aufkommenden Nutzungskonkurrenzen vorzubeugen und sich klar hinter die kommunalen Wasserversorger zu stellen. Dazu sollte der Vorrang der öffentlichen, ortsnahen Wasserversorgung gesetzlich im bayerischen Wasserrecht erkennbar verankert werden. Denn Wasser braucht mehr denn je höchste Wertschätzung, frei von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Ebenso dürfen die Wasserversorger nicht allein gelassen werden, wenn zum Schutze der Allgemeinheit strengere Vorschriften, z.B. aus der Trinkwasserverordnung, umgesetzt werden müssen oder angepasste Verhaltensweisen durch den Klimawandel nötig werden. Hier bedarf es finanzieller und politischer Rückendeckung, sowie Unterstützung der Behörden. Wasserschutz ist primär eine staatliche, weil gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

In die angekündigte Ausgestaltung eines möglichen bayerischen Wasserentnahmeentgelts in der kommenden Legislaturperiode muss die kommunale Wasserwirtschaft frühzeitig eingebunden werden. Praxistauglichkeit und zweckgebundene Verwendung eines solchen Entgelts wären sicherzustellen. Sein Aufkommen wäre verlässlich und dauerhaft dem vorsorgenden Wasserschutz zuzuordnen.

Wasser konsequent vor Einträgen schützen

90% des Trinkwassers in Bayern stammt aus Grundwasser. Je sauberer das Grundwasser ist, desto naturbelassener kann es in die Leitungen eingespeist werden. Um einer technisch aufwendigen und kostenintensiven Aufbereitung des Rohwassers vorzubeugen, bedarf es eines starken und vorsorgenden Grundwasser- und Bodenschutzes. Dazu gehört die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips, um Schadstoffeinträge schon an der Quelle zu reduzieren. Die verabschiedete Düngeverordnung bzw. die bayerische Ausführungsverordnung hierzu sind dabei ein wichtiges Instrument, um die Nitratproblematik in den Griff zu bekommen. Nun müssen die Maßnahmen rasch und umfassend umgesetzt werden. Aber auch andere anthropogene Spurenstoffe aus Landwirtschaft, Pharmazie und Industrie, wie PFAS oder Pflanzen-



schutzmittel, verschmutzen unsere Gewässer und Böden. Hier gilt es genauso, die Verursacher von Gewässerbelastungen im Sinne der Herstellerverantwortung umfassend in die Pflicht zu nehmen. Die als kostenlose Ökosystemdienstleistungen selbstverständlich angesehenen natürlichen Filterprozesse für unser Wasser funktionieren nicht zuletzt auf Grundlage der Biodiversität, die jedoch durch eben diese Schadstoffe beeinträchtigt wird.

Der Schutz bzw. die Sanierung der Grundwasserkörper ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht nur den Wasserversorgern übertragen werden. Wesentlich bleibt, die Wasserressourcen in den Gewinnungs- und Einzugsgebieten dauerhaft zu sichern. Dafür müssen Wasserschutzgebiete vergrößert sowie konsequent und schnell ausgewiesen werden. Die Verfahren um Wasserschutzgebiete und Wasserrechtsgenehmigungen sind in Bayern zu oft durch lange Verzögerungen und vorsätzliche Behinderungen geprägt. Dies darf keine Akzeptanz finden und die lebenswichtige Arbeit der Wasserversorger für die Allgemeinheit nicht unnötigerweise erschweren. Zudem sollten die Ämter im

Vollzug mit ausreichend Kapazitäten ausgestattet werden. Die Laufzeit wasserrechtlicher Genehmigungen für die Aufgaben der öffentlichen Wasserversorgung dürfen nicht unrealistisch verkürzt werden. Sie müssen Grundlage sein können für Infrastrukturinvestitionen.

Resilienz und Redundanz: Starke Fundamente für zukunftsfeste Versorgungsstrukturen

Zu heiße Sommer und trockene Winter, vermehrt Starkregen und Sturzfluten – der Klimawandel führt selbstverständlich auch im eigentlichen „Wasserland“ Bayern zu dramatischen Folgen. Auf diese muss sich die Wasserwirtschaft einstellen und vorbereiten. Denn sinkende Grundwasserstände und fehlende natürliche Wasserspeicher wirken sich schon seit einigen Jahren negativ auf den Wasserhaushalt aus. Es bedarf gesunder Wälder und Böden, Strukturelementen in der Landschaft und Schwammstäd-

ten. Entwässerungen sind zu überprüfen, ob sie gemäß § 46 WHG signifikante nachteilige Auswirkungen auf den Wasserhaushalt besorgen. Die öffentlichen Wasserversorger leisten einen Beitrag zur Stärkung der Versorgungssicherheit, indem sie mehrere Standbeine und Verbundnetze aufbauen und unterhalten. Dort, wo lokale Wasservorkommen nicht ausreichen, wie in einigen nordbayerischen Regionen, sichern kommunale Fernwassersysteme den Bedarf und versorgen mehrere Gemeinden zuverlässig und dauerhaft. Alle Wasserversorger sind jedoch auf einen gesunden, mengenmäßig reichen Landschaftswasserhaushalt angewiesen.

Das Programm Wassersicherheit 2050 des Bayerischen Umweltministeriums führt wesentliche Aspekte zum Umgang mit Klimawandelfolgen auf. Der Erhalt eines funktionierenden Wasserkreislaufs ist im Interesse aller und muss daher gesamtgesellschaftlich angegangen werden. Maßnahmen zur Stärkung des Landschaftswasserhaushalts, wie sie unter anderem im Abschlussbericht der Expertenkommission Wasserversorgung in Bayern ausgeführt sind, sollten sich von der Staatsregierung zu eigen gemacht und unverzüglich flächendeckend umgesetzt werden. Eine solche ist, Drainagen und andere Ableitung von Wasser in Siedlungen und aus land- und forstwirtschaftlichen Flächen zurück- oder umzubauen. Ansonsten geht weiterhin zu viel Niederschlag in Bäche und Flüsse verloren, ehe er ins Grundwasser einsickern

kann. Auch in bebauten Gebieten muss das Wasser besser zurückgehalten werden und ihm durch Flächenentsiegelung wieder mehr Raum und Wege ins Grundwasser gegeben werden. Die einzelnen Pilot- und Leuchtturmprojekte der vergangenen Jahre waren wichtig, müssen nun jedoch schnell hochskaliert werden, um die gewünschten Effekte in ganz Bayern zu erreichen und die kostbaren Wasserressourcen zu sichern.

Der Wasserverbrauch in Haushalten, Land- und Forstwirtschaft wie Industrie wird sich in den nächsten Jahren verändern, teils durch neue Technologien oder der hauptsächlichlichen Energieerzeugung aus Erneuerbaren, teils aus Notwendigkeit. Aufgrund der parallel verlaufenden Transformationen in den verschiedensten Bereichen unserer Wirtschaft und Gesellschaft ist eine gesamtheitliche Denkweise über die Sparten hinweg entscheidend. Zukunftsszenarien für Wasserbedarf und -nutzung sektorübergreifend gemeinsam zu betrachten. So können mögliche Nutzungskonkurrenzen und Engpässe frühzeitig erkannt und geregelt werden.

Alle Maßnahmen zur Lieferung in unseren Wasserversorgungssysteme können nur so zuverlässig sein, wie sie mit qualitativ hochwertigem und quantitativ verfügbarem Wasser gespeist werden können. Dies gilt ortsnahe, über Verbund- und für Fernleitungen.

Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Vorrang der öffentlichen, ortsnahen Wasserversorgung gesetzlich verankern
- › Wasserqualität schützen
 - vorsorgender Grundwasser- und Bodenschutz
 - dauerhafte Sicherung und konsequente Ausweisung von Wasserschutzgebieten mit Blick auf Einzugsgebiete
 - Reduzierung von Nährstoff- und Pestizideinträgen sowie Anwendung des Verursacherprinzips; Durchsetzen der Herstellerverantwortung
- › Wasserquantität bewahren
 - wiederherstellen des Landschaftswasserhaushalts (Rück-/Umbau von Drainagen/ Wasserableitung + Speicherung/Versickerung von Niederschlagswasser, etc.)
 - resiliente Versorgungsstrukturen und Schaffung/Erhalt von Redundanzen
- › Gezielte Maßnahmen aus Abschlussbericht der Expertenkommission Wasserversorgung in Bayern umsetzen

› ABWASSER UMWELTGERECHT ENTSORGEN UND ANLAGEN FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

Über die kommunalen Kanalnetze wird Bayerns Schmutzwasser entsorgt und in energieeffizienten Kläranlagen umweltgerecht gereinigt. Die kommunale Abwasserwirtschaft schließt damit den Kreislauf der Wasserwirtschaft und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Energiewende und Kreislaufwirtschaft. Niederschlagswasser wird oft in getrennten Systemen aufgefangen. Das Kanalnetz beträgt in Bayern über 100.000 km und verbindet nahezu die gesamte Bevölkerung mit den rund 2.500 öffentlichen Kläranlagen.

Gewässer sauber halten, Herstellerverantwortung etablieren

Eine besondere Herausforderung für die Betreiber von Kläranlagen ist es, die steigende Menge an anthropogenen Spurenstoffen, wie Medikamentenrückstände, und Mikroplastik aus dem Abwasser zu eliminieren. Die kommunale Abwasserwirtschaft ist daher offen für die Implementierung neuer Klärprozesse, wie die 4. Reinigungsstufe, wo sie notwendig sind. Der Ausbau von Kläranlagen muss praxistauglich gestaltet und durch gesamtgesellschaftlich getragene Finanzierung realisiert werden. Die damit einhergehenden immensen

Kosten sind nicht allein von den kommunalen Unternehmen bzw. Verbraucher:innen zu schultern. Hierbei muss die, auch von der Europäischen Kommission, eingebrachte erweiterte Herstellerverantwortung etabliert und die Verursacher von Gewässerbelastungen in die (Kostentrags-)Pflicht genommen werden.

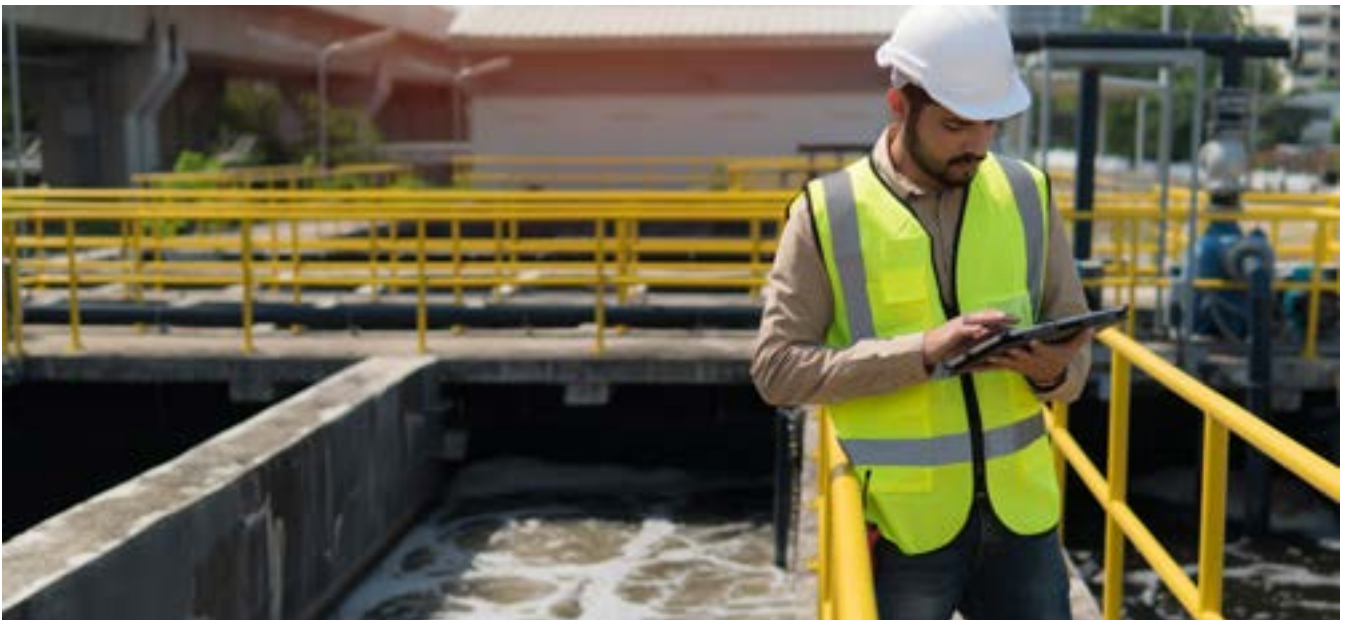
Kläranlagen arbeiten spartenübergreifend

Neben der zuverlässigen Reinigung des Abwassers, nutzen Kläranlagen ihre Energiepotenziale für den Bedarf direkt am Standort, aber auch darüber hinaus. So kann aus dem anfallenden Abwasser und Klärschlamm, Wärme und Klärgas gewonnen werden. Die Potenziale der Kläranlagen als Energieerzeuger sind noch nicht erschöpft und könnten verstärkt ausgenutzt werden, wenn die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Gleichzeitig können in Kläranlagen Schadstoffe sicher und wirtschaftlich zu Wertstoffen, z.B. Ammoniumsulfat und Phosphor, umgewandelt werden. So werden Kreisläufe geschlossen und Ressourcen nachhaltig verwendet. Diese nicht energieintensiv produzieren zu müssen, mindert weltweit Emissionen.



Die Kapazitäten der Kanalsysteme spielen eine erhebliche Rolle bei Hochwasser, Sturzflut- und Starkregenereignissen. Eine andere Folge des Klimawandels können niedrige Pegelstände in Flüssen sein, die als Vorfluter dienen. Die Abwasserwirtschaft sollte daher in kommunale Klimaanpassungsstrategien einbezogen werden.

Wichtig sind dabei z.B. die Erstellung von Überflutungskarten, die Implementierung von Starkregenmanagementplänen, Abwasser-speicherbecken und grundsätzlich mehr Wasserrückhaltungsmöglichkeiten in der Fläche.



Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Ausbau von Kläranlagen praxistauglich gestalten und durch gesamtgesellschaftlich getragene Finanzierung realisieren
- › Erweiterte Herstellerverantwortung etablieren und Verursacher von Gewässer- und Abwasserbelastungen in die (Kostentragungs-)Pflicht zur gesamtgesellschaftlichen Finanzierung nehmen
- › Umwandlung von Schadstoffen zu Wertstoffen zur Schließung von Kreisläufen sicher und wirtschaftlich gestalten
- › Folgen von Sturzflut- und Starkregenereignissen abfedern
 - Erstellen und Veröffentlichen von Überflutungskarten
 - Implementierung von Starkregenmanagementplänen
 - Schaffung von mehr Grün und Blau im Grau
- › Ausschöpfung der Potenziale zur Energiegewinnung von Kläranlagen erleichtern und rechtliche Hürden beseitigen

› DEN SCHATZ UNTER DER STRASSE ERHALTEN

Die kommunalen Trinkwasser- und Abwassernetze stellen einen bedeutenden, in vielen Kommunen den wesentlichen Vermögenswert und das Rückgrat für die Leistungen der Daseinsvorsorge dar. Sie sind Voraussetzung für Versorgungssicherheit und die hohe Lebensqualität in den bayerischen Kommunen. Bayerns Wasserversorger und Abwasserentsorger realisieren kontinuierlich Maßnahmen, um diese wichtige Infrastruktur zu pflegen, zu erhalten und nachhaltig zu modernisieren. Nicht sichtbar im Boden, ist das Bewusstsein für diesen „Schatz unter der Straße“ meist nicht groß. Als Partner der Initiative „Schau auf die Rohre“ trägt die VKU-Landesgruppe Bayern zur Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema bei.

Um den „Schatz unter der Straße“ zu bewahren, muss der Instandhaltung und Erneuerung von Infrastrukturen hohe Priorität eingeräumt und als kommunale Daueraufgabe unterstützt werden. Die öffentliche Wasser- und Abwasserwirtschaft investiert beständig und nachhaltig, um Qualität und Versorgungssicherheit auch zukünftig jederzeit zuverlässig zu gewährleisten. Klimawandel und Demografie führen zu zusätzlichem Anpassungsbedarf der Leitungsinfrastrukturen. Der damit verbundene hohe Investitionsaufwand muss durch eine gesicherte Finanzierung unterstützt werden.

Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Investitionen in Infrastrukturen als kommunale Daueraufgabe kommunikativ und praktisch unterstützen
- › Unseren Schatz unter der Straße als bedeutsamen Vermögenswert der Kommunen für künftige Generationen sichtbar machen, wertschätzen und wahren
- › Nötige Anpassung der Leitungsinfrastruktur aufgrund von Klimawandel und Demografie durch sichere Finanzierung unterstützen



› DIE ENERGIEVERSORGUNG DER ZUKUNFT GESTALTEN

Die deutsche Energiewende ist vom politisch geförderten Projekt zum weltweiten Treiber einer auf erneuerbaren Quellen basierten Energieversorgung gewachsen. Techniken zur regenerativen Versorgung stehen zunehmend kostengünstig zur Verfügung. Durch Automatisierung und Digitalisierung wachsen sie in vielen Teilen der Welt schnell zu einem neuen Energiesystem zusammen. Zugleich bestehen Brüche, etwa im Wechsel von Verbrennungsprozessen zur Hebung von Umweltenergie. Dies erfordert einen echten Umbau der Energieversorgung bis zum Verbraucher, was Bürger:innen und Unternehmer:innen herausfordert. Dieser Umbau ist nötig, um als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu bleiben.

Stadt- und Gemeindewerke formen zusammen mit ihren Partnern vor Ort mit Hilfe von Informationstechnologien und Kommunikationsmitteln diese neuen Systeme. Verlässliche, wirtschaftliche und umweltverträgliche Versorgung steht für die kommunale Energiewirtschaft an erster Stelle. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Turbulenzen auf den Energiemärkten rückt zudem die große Abhängigkeit Bayerns von Energieimporten in den Fokus. Eine größere geopolitische Unabhängigkeit bei der Energieversorgung durch eine dezentrale Energieerzeugung in Bayern muss hierbei das Ziel sein.

Zugleich wird der Strombedarf in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durch die Elektromobilität und den verstärkten Einbau von Wärmepumpen steigen. Jedoch nicht im Umfang bisheriger Energiebedarfe, wenn dabei im Vergleich zu bisherigen Verbrennungsprozessen regelmäßig rund 2/3 Primärenergie weniger für gleichen Nutzen benötigt wird. Auch in vielen industriellen Prozessen ist dies möglich. Bayern kann diese Strombedarfe durch einen massiven Ausbau eigener erneuerbarer Quellen sowie „Importe“ über Stromautobahnen aus anderen (Bundes-)Ländern decken. Nötig bleiben Biomassen, Gase, und zunehmend Speicher, um Hochtemperaturprozesse, Spitzennachfragen und (synthetische) Rohstoffnachfrage zu bedienen.

Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen

Hierzu müssen der Ausbau und die Sicherung erneuerbarer Energien (z.B. Wind, PV, Geothermie, Biogas und Wasserkraft) in Bayern forciert werden. Hemmnisse wie die Abstandsregelung 10H gehören endgültig revidiert und hinderliche Vorgaben wie zum Denkmalschutz gelockert. Der Fokus der letzten Jahre – auch der Bayerischen Staatsregierung – vorrangig auf den Ausbau von Photovoltaik zu setzen, greift zu kurz. Er muss dringend um weitere nachhaltige erneuerbare Potenziale in Bayern erweitert werden. Stromverteilnetze sowie Flexibilitäten in allen Stufen der Stromversorgung sind parallel hierzu für die nötige Systemstabilität zu aktivieren.

Vor Ort sind die kommunalen Unternehmen die entscheidenden Akteure. Sie betreiben sowohl Verteilnetze und bauen Erneuerbare-Energie-Anlagen aus. Je nach örtlichen Gegebenheiten und unter Einbindung der lokalen Bevölkerung heben die kommunalen Unternehmen die erneuerbaren Potenziale lokal. Diese reichen von Wind- und Wasserkraft über Photovoltaik bis hin zu Geothermie und Biomasse über alle Energiebedarfe und adressieren neben Strom vor allem auch die Wärme.



Von politischer Seite müssen solche Vorhaben unterstützt werden und benötigen Erleichterungen. Etwa durch einheitliche Anforderungen an Artenschutzgutachten für Windkraftprojekte, wie auch durch die Stärkung der Eigenkapitalseite der Unternehmen.

Mehr Resilienz durch unterschiedliche Energiequellen

Indem kommunale Unternehmen auf die Bandbreite der erneuerbaren Quellen, Speicheroptionen von klimaneutralen Gasen und Wärme, wie auch Flexibilitäten setzen, machen sie durch das Zusammenspiel dieser das Energiesystem resilient. Auf diesem Wege leisten sie einen maßgeblichen Beitrag zu mehr geopolitischer Unabhängigkeit. Die bayerische Energiepolitik der nächsten Legislaturperiode muss eine Vielfalt der Versorgung verfolgen: Eine Fokussierung auf einzelne erneuerbare Quellen oder Wasserstoff macht das Energiesystem und somit Bayern weniger resilient gegenüber externen Einflüssen.

Ausbau der Stromverteilnetze als Voraussetzung

Mit den Stromverteilnetzen tragen kommunale Unternehmen seit Jahrzehnten zu einem stabilen Energiesystem und der Integration erneuerbarer Energien bei. Diese Netze müssen allerdings deutlich ausgebaut werden. Exemplarisch für diese Entwicklung stehen



der starke Zubau an (Freiflächen-)PV-Anlagen im Freistaat auf der Erzeugerseite. Aufgrund der fehlenden Synchronisierung zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und der Verteilnetze können Anlagen nicht immer sofort an die Netze angeschlossen werden. Die bayerische Politik muss sich noch stärker dafür einsetzen, den Aus- und Umbau der Stromnetze und erneuerbarer Energien zu synchronisieren. Die Dimension dessen wird auch durch das Maß nutzbarer Flexibilitäten bestimmt.

Flexibilitäten als Basis stabiler Systeme regulatorisch etablieren

Um den erforderlichen Netzausbau zu reduzieren, nutzen kommunale Unternehmen verstärkt Flexibilitäten. Als Flexibilitäten werden dabei Anlagen bezeichnet, die ihr Energieangebot oder ihre Energienachfrage – kurzfristig – ändern können. Dies sind beispielsweise Batterien, Wärmespeicher, dynamische Kraft-Wärme-Kopplung oder Elektrolyseure. Aber auch zeitliche Produktionsverlagerungen bei Kunden, saisonale Speicher und Lademanagement sind gute Beispiele. Auf diesem Wege stabilisieren sie die Netze und tragen somit zur Versorgungssicherheit bei. Bayern muss sich für eine Politik einsetzen, die Investitionen in die Verteilnetze und Flexibilitäten ermöglicht und als Basis stabiler Systeme regulatorisch etabliert.

Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Nachhaltige erneuerbare Potenziale in Bayern konsequent nutzen (z.B. Wind, PV, Geothermie, Biogas und Wasserkraft); Hemmnisse bei Denkmalschutz oder 10 H ad acta legen
- › Keine Fokussierung auf einzelne erneuerbare Quellen oder H₂. Erst das Zusammenspiel dieser macht das System resilient und tragfähig
- › Datengrundlagen schaffen, bspw. durch Ausrichtung von Art. 6 BayKlimaG auf regenerative Ressourcen und ihre nachhaltige Nutzung (Wärmenetze, Biomassekonkurrenz, Wasser als Wärmemedium, kombinierte Anschlusskapazitäten regenerativer Anlagen an Stromnetze, etc.)
- › Einheitlicher und praktikabler Umgang mit artenschutzrechtlichen Vorgaben
- › Aus- und Umbau der Strom-, Wärme-, Gasnetze und erneuerbarer Energien synchronisieren
- › Weiterentwicklung der Strom- und Gasnetze regulatorisch absichern
- › Flexibilitäten als Basis stabiler Systeme regulatorisch etablieren

› DIE WÄRMEWENDE IM FREISTAAT FORTSETZEN UND BESCHLEUNIGEN

Neben Strom ist die Wärme zentrales Thema der Energieversorgung. In der Wärmeversorgung steckt ein sehr großes Potenzial für den Klimaschutz, da die Wärmebereitstellung in Bayern – bislang vor allem auf Erdgas und Heizöl basierend – große Mengen Treibhausgasemissionen freisetzt. So entfallen in privaten Haushalten rund 80 Prozent des gesamten Energiebedarfs auf den Wärmebedarf, also auf Heizung und warmes Wasser.

Kommunale Unternehmen betreiben nicht nur Strom-, sondern auch Wärme- und Gasnetze, über die sie die bayerische Wirtschaft, Gewerbe und Haushalte zuverlässig versorgen. Hierdurch können sie das Energiesystem spartenübergreifend (Strom, Wärme, Gase, Verkehr) mittels Sektorenkopplung vernetzen. Innovative Projekte zeigen Speicherlösungen (Power to Heat, Wasserstoffgewinnung, Abwärme als Medium für Wärmepumpen), die Strom- und Wärmeversorgung verknüpfen.

Um den Wärmebedarf zu senken, ist es zunächst essentiell, die Sanierung im Bestand voranzutreiben. Der Sanierungsstau mit einer Sanierungsquote von jährlich einem Prozent bei den Bestandsgebäuden muss von Seiten der bayerischen Politik entschieden angegangen werden. Um das Staatsziel der Klimaneutralität 2040 zu erreichen, ist hier durch Förderung und auch Vorgaben zu handeln.

Bereits vielfach dekarbonisiert sind kommunale Wärmenetze, die mit Biomassen betrieben werden. Hier sind viele kommunale Unternehmen Vorreiter. Für eine zukunftsfähige Verdichtung und den Ausbau dieser Netze sind Biomassebedarfe abzusichern und die Wärmequellen zu diversifizieren. Hier kann die Landespolitik ansetzen und fördern, um mit erfahrenen Partnern diese Netze zu Herzstücken der Wärmewende zu machen. Hilfreich wäre ein Überblick zur Situation der Biomassen im Klimawandel und hinsichtlich der Konkurrenz um Anbauflächen, wie Lieferungen. Wie bei fossilen Ressourcen, sollten hier keine einseitigen Abhängigkeiten aufgebaut werden.

Kommunale Wärmeplanung als verpflichtendes Werkzeug einführen

Fossile Energieträger sind in der Wärmeversorgung heute vielerorts gut durch Alternativen zu ersetzen. Insbesondere Geothermie, Wärmepumpen und Solarthermie, die statt Primärenergieimporten Umweltenergie nutzen, können helfen, den Standort Bayern zukunftsfähig zu machen. Jedoch bedarf dies hoher Investitionen. Ihre Abschreibungen belaufen sich erst über die Lebensdauer der Anlagen auf etwa die Kosten, wie sie die laufende Beschaffung von Brennstoffen verursacht. Somit besteht eine Herausforde-

rung finanzieller Art in der Abwägung zwischen erneuerbaren Ressourcen. Biomassen sind ein weiterer wichtiger Baustein. Sie sind hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit in Konkurrenz der Nutzungen, wie auch Mengenschwankungen etwa durch Dürren im Klimawandel zu prüfen. Finanziell stehen sie auf der Seite der laufenden Kosten über lange Zeit.

Hinzu kommen hohe Investitionen in Wärmenetze. Sie zu refinanzieren bedarf ebenfalls eines Umdenkens in der Finanzierung unserer Infrastrukturen einer nachhaltigen, klimaneutralen Wärmeversorgung, von aufsummierten laufenden Kosten zu hohen Anfangsinvestitionen und Abschreibungen.

In diesem Umbau der Wärmeversorgung spielt die kommunale Wärmeplanung eine bedeutende Rolle, da hierbei für die



Kommunen als Ganzes Maßnahmen durch den Abgleich von Wärmebedarfen und -potenzialen abgeleitet werden. Hierzu arbeiten vielerorts Kommunen und kommunale Unternehmen bereits eng zusammen. Ein klares Bild durch die kommunale Wärmeplanung erleichtert, Investitionsentscheidungen für die Akteure vor Ort zu treffen. Sie für alle Kommunen verpflichtend einzuführen, mit schnellem Ausbau des Know-hows zu regenerativen Systemen, Personal und Kapital stärkt Kommunen, bietet Versorgern Sicherheit und schafft Bürger:innen Klarheit. Wo der Bund Gestaltungsräume lässt, sollte Bayern mit einer systemischen Sicht Förderung und Kapazitäten bereitstellen.

Ausbau der Wärmenetze politisch stärker flankieren

Eine Musterantwort zur Versorgung jeder Kommune gibt es dabei nicht. Es stehen jedoch heute nutzbare Technologien bereit, den Umbau zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wärmeversorgung in Bayern zu schaffen. Kommunale Unternehmen errichten seit Jahren Wärmenetze – kalte und warme – für Gewerbe, Industrie und Haushalte. Diese Wärmenetze verbinden die unterschiedlichen Wärmequellen mit den Abnehmern und stehen somit für nachhaltige Investitionen für die kommenden Jahrzehnte. Die bayerische Politik ist gefordert, wo notwendig, einen Anschluss- und Benutzungszwang bei Wärmenetzen weiterhin zu ermöglichen. Die Aufstockung des Förderprogramms BEW ist zu verfolgen, bayerische Mittel zu ergänzen. Die hohen Anfangsinvestitionen von Wärmenetzen und Techniken wie Großwärmepumpen und Geothermie sollten staatlich flankiert werden. Die Hilfen für Elektrolyseure vor Ort sind ein guter Anfang, der auf die Techniken der Umweltenergienutzung auszuweiten ist.

Eine Herausforderung ist es, den Übergang von herkömmlichen Energieträgern zu neuen Systemen zu gestalten. Auch Industrie und Gewerbe, die weiterhin Gase prozessuell benötigen, müssen versorgt werden. Bayern muss sich daher weiterhin in die Planungen für künftige Gasversorgungsstrukturen einbringen, wie auch für eine Regulierung stark machen, die die Übergänge und künftigen Strukturen tragfähig finanzieren lässt.

Umweltwärme durch Wärmepumpen und Geothermie heben

Einige Unternehmen nutzen heute bereits Umweltwärme aus Geothermie, Wärmepumpen und Solarthermie. Damit senken sie Primärenergiebedarfe, teils auf ein Dreißigstel der fossilen. Die bayerische Politik ist in der Hinsicht gefordert, Unternehmen

und Kommunen zu stärken, die das Potenzial der Umweltwärme durch Wärmepumpen und Geothermie heben und die Primärenergiebedarfe somit um den Faktor 2–35 reduzieren. Dies macht Bayern von ausländischen Energieimporten unabhängiger.

Fündigkeitsrisiko bei der Geothermie absichern

So ist es sinnvollerweise Ziel der Staatsregierung, dass Geothermie bis 2050 rund 25% des bayerischen Wärmebedarfs deckt. Um dieses Ziel jedoch praktisch zu erreichen, ist es erforderlich, dass das Fündigkeitsrisiko bei der Geothermie abgesichert wird. Der Staat sollte dabei eine Rolle übernehmen und Sicherheiten und Mittel für nötige Investitionen bereitstellen. Insbesondere die Geothermie hat hohe Anfangsinvestitionen, die die dauerhaft laufenden Kosten herkömmlicher Systeme über Jahrzehnte ersetzt. Hintergrund ist weiterhin, dass nicht jede Bohrung den gewünschten und prognostizierten Ertrag erbringt. Dieses Risiko ist insbesondere für kleinere Kommunen und kommunale Unternehmen allein nicht vertretbar, die daher Unterstützung benötigen.

Elektrolyseure als Herzstück von vier Produkten verstehen

Schließlich ist festzuhalten, dass Wasserstoff nach aktuellen Planungen eine wichtige Rolle in der Absicherung der Strukturen der Wärmeversorgung haben dürfte. Wasserstoffbetriebene KWK-Anlagen können in Zeiten hoher Wärmenachfrage Wärmenetze speisen und Strom liefern, ohne hohe Brennstoffbedarfe übers Jahr. Grundlage dafür sind Wasserstoffnetze, die teils auf heutige Erdgasnetze aufsetzen können. Hierzu ist in Brüssel und Berlin auf geeignete Regulierung zu achten. Zugleich werden sie nicht den Umfang heutiger Erdgasinfrastrukturen haben, was in der Wirtschaftlichkeit und Ansiedlungsfragen zu beachten ist. Entlang solcher Netze und für schwer umzubauende Strukturen könnte Wasserstoff somit in der Wärmeversorgung eine Option sein, sofern kurz- und langfristige Kosten der Netze und der Wasserstoffbereitstellung dies erlauben. Für die Masse der Wärmebedarfe jedoch steht auf absehbare Zeit nicht ausreichend Wasserstoff zur Verfügung. Sollte Wasserstoff ein wettbewerbsfähiges Kostenniveau zu sonstigen regenerativen Lösungen künftig erreichen, ist sein Ressourcenaufwand dennoch dauerhaft zu beachten.

Für eine nachhaltige Bereitstellung grünen Wasserstoffs aus Elektrolyseuren sollte zudem einbezogen werden, dass diese

vier Produkte liefern: Der bei der Elektrolyse anfallende Sauerstoff kann in der Kläranlage und die Abwärme direkt oder über Wärmepumpen im Wärmenetz eingesetzt werden. Durch eine angepasste Fahrweise können die Anlagen Flexibilität im Stromnetz liefern, was auf Basis geeigneter Bauweise erfolgen muss. Der erzeugte Wasserstoff selbst findet hochwertige Verwendungen in Gewerbe und Industrie. In dieser Vielfalt sind kommunale Unternehmen prädestiniert, Elektrolyseure sinnvoll in die Strukturen vor Ort einzubetten. Dies kann ein weiterer Baustein der Sektorenkopplung sein und (saisonale) Schwankungen in der Energieversorgung durch Wind- und Solarenergie ausgleichen. Die nötige Koordination verlangt eine energetische Stadtplanung.

Die Zielerreichung der Klimaneutralität in Bayern 2040 im Wärmebereich bedarf einer Vielfalt an lokalen Lösungen, die zunehmend Umweltenergien über Wärmepumpen, Geothermie unterschiedlicher Horizonte und solarthermische Quellen sowie Abwärme in den Blick nehmen. Strom-, Wärme- und Gasnetze der kommunalen Unternehmen sind zentrale Bausteine dieses Teils der Energiewende. Begrenzte Ressourcen wie Gase und Biomassen sollten überregional koordiniert beansprucht werden.



Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Umweltwärme durch Wärmepumpen und Geothermie heben und Primärenergiebedarfe somit um Faktor 2-35 reduzieren
- › Kommunale Wärmeplanung als verpflichtendes Werkzeug einführen. Know-how regenerative Systeme, Personal und Kapital stärken
- › Energetische Stadtplanung etablieren wo nötig, Anschlusszwang bei Wärmenetzen politisch flankieren
- › Fündigkeitsrisiko bei der Geothermie absichern
- › Sanierung im Bestand vorantreiben
- › Elektrolyseure als Herz vierer Produkte verstehen: Dezentrale Abwärme, Flexibilität, Sauerstoff- und Wasserstoffherzeugung
- › Für die deutliche Aufstockung des Förderprogramms BEW einsetzen
- › Bayerische Mittel zur Wärmewende ausbauen

› DIE MOBILITÄTSWENDE VORANBRINGEN

ÖPNV-Ausbau reduziert Emissionen und Verkehrsaufkommen

Kommunale Unternehmen betreiben vielerorts den ÖPNV und ermöglichen durch U-Bahn, Bus und Tram eine umweltfreundliche Alternative zum eigenen Auto. Um die Kommunen noch sauberer zu machen, stellen die Unternehmen ihre Fahrzeuge von Diesel meist auf Elektroantrieb, Biogas und seltener auch Wasserstoff um. Parallel dazu bauen sie die Angebote vor Ort weiter aus und verbessern auf diese Weise die Attraktivität des ÖPNV, u.a. durch die Verbindung zum Carsharing. Sie stellen Mobilitätsplattformen bereit, sodass die Bürger:innen etwa über eine App eine Busfahrt und direkt im Anschluss ein Fahrrad mieten können. Dabei werden auch Dritte als Anbieter eingebunden. Auf diese Weise reduzieren sie Verkehrsaufkommen. Mit Mobilitätskonzepten, wie Ruf-Bussen, stellen kommunale Unternehmen auch Mobilitätslösungen für den ländlichen Raum zur Verfügung.

In Anbetracht von annähernd 70 Millionen Kraftfahrzeugen, einem Höchststand bei den Zulassungszahlen und den nach wie vor zu hohen Emissionswerten im Verkehrssektor, ist der Ausbau des ÖPNV zu forcieren und dessen Finanzierung sicherzustellen. Mit staatlichen Investitionen in die vorhandene und zukünftige ÖPNV-Infrastruktur können die Angebote vor Ort weiter ausgebaut werden. Der ÖPNV ist für kommunale Unternehmen meist ein Zuschussgeschäft, das über den steuerlichen Querverbund abgedeckt wird. Seine Rolle ist sicherzustellen und zugleich sind für die Verkehrswende finanzielle Mittel weiter aufzustocken. Wie im Energiebereich sind viele nachhaltige Lösungen mit hohen Anfangsinvestitionen verbunden.

Eine stärkere finanzielle Förderung von elektronischen Ticketsystemen, verbesserten Fahrgastinformationssystemen und die Vernetzung der einzelnen Verkehrsmittel lässt sich die Attraktivität des ÖPNV weiter steigern.



Einschränkungen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur beheben

Die Kommunalwirtschaft treibt mit dem Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur sowie mit Ladelösungen für Zuhause die Entwicklung der Elektromobilität maßgeblich voran. Für Mitbewerber stellen die kommunalen Unternehmen die Netzanschlüsse in den Straßen oder bis hinein in die Parkhäuser zur Verfügung. Die Steuerung der Netze ist eine wachsende Aufgabe, in die die Elektromobilität mit ihrer hohen Anzahl, meist ruhenden Speichern einzubeziehen ist. Diese über bidirektionales Laden und Entladen dem Energiesystem zugänglich zu machen, ist ein wichtiger Schritt. Je höher der Anteil des „ruhenden Verkehrs“ am E-Fahrzeugbestand wird, desto wichtiger ist dieser Aspekt.

Das Ziel der Bundesregierung bis 2030 etwa 15 Millionen E-Autos auf Deutschlands Straßen fahren zu lassen und eine Million öffentliche Ladesäulen verfügbar zu haben, ist gegenwärtig gefährdet. Hintergrund ist § 7c EnWG, wonach nicht-entflochtenen Unternehmen die Entwicklung, Verwaltung und der Betrieb öffentlicher Ladesäulen spätestens zum Jahresende 2023 versagt wird. Aufgrund der Schlüsselrolle der kommunalen Unternehmen vor Ort kann es nicht im Sinne der bayerischen Politik sein, diesen Unternehmen den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur zu verwehren. Gerade im ländlichen Raum steht der damit verbunden nötigen Umstrukturierung der Unternehmen ein unverhältnis-

mäßiger Aufwand entgegen. Jedoch ist nicht zu erwarten, dass in diesen Räumen Dritte die angestrebte Versorgungsdichte mit öffentlicher Ladeinfrastruktur gewährleisten.



Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Keine Einschränkungen für nicht-entflochtene Unternehmen bei Entwicklung, Verwaltung und Betrieb öffentlicher Ladesäulen
- › ÖPNV-Ausbau inklusive Elektromobilität als wesentliches Werkzeug zur Reduktion von Emissionen und des Verkehrsaufkommens forcieren und finanzieren
- › Investitionen in die vorhandene und auszubauende ÖPNV-Infrastruktur erhöhen
- › Finanzielle Förderung von elektronischen Ticketsystemen, verbesserte Fahrgastinformation und die Vernetzung der einzelnen Verkehrsmittel steigern
- › Mobilität braucht Raum: Vorrang öffentlicher Angebote und Infrastruktur des ÖPNV, der Ladeinfrastruktur und Sharing-Lösungen

› KOMMUNALE BÄDER UND SPORTSTÄTTEN ERHALTEN- FÜR LEBENSQUALITÄT UND TEILHABE VOR ORT

Kommunale Bäder und Sportstätten als weiche Standortfaktoren

Austausch über gesellschaftliche Schichten hinweg macht ein gutes Leben aus. Die kommunalen Bäder und andere Sportstätten wie Eishallen machen dies möglich. Gleichzeitig bieten die Bäder Schwimmkurse, Reha- und Wassersport lokal an und sind Ort, oft auch Partner des Schulschwimmunterrichts. Vielerorts trainieren Bundeswehr, Bayerische Polizei, Bayerisches Rotes Kreuz, DLRG, Wasserwacht und Co. in kommunalen Bädern.

Doch auch andere Sportarten und Freizeitaktivitäten haben bei den kommunalen Unternehmen ihr Zuhause. Mit den Eishallen bieten kommunale Unternehmen Freizeitmöglichkeiten für Familien und Jugendliche und ermöglichen Sport von Eiskunstlauf bis Eishockey. Ob Hobby Mannschaft, Bundesliga oder Olympia, kommunale Bäder und Sportstätten stellen weiche Standortfaktoren dar und tragen indirekt zur Standortwahl bei, privat wie bei Unternehmen. Tagessgäste und Tourismus profitieren von den Angeboten.

Transformationspotential in den Bädern heben

In Bayern gibt es über 850 öffentliche Bäder, wovon knapp 500 Freibäder sind. Sie alle tragen zu der beschriebenen Lebensqualität vor Ort bei. Allerdings stehen Sie nach der Coronazeit, durch steigende Energiepreise und einen enormen Sanierungsstau unter Druck. So fehlen Arbeitskräfte, die abgewandert sind, Badegäste kommen teils nur zögernd zurück. Energiekosten sind ein erheblicher Faktor für die Wirtschaftlichkeit des Betriebs und nötigen Zuschüsse. Zudem sind über 200 Bäder als sanierungswürdig eingestuft mit einem Investitionsvolumen von 1,8 Milliarden, die sich noch auf Zahlen vor den jüngst gestiegenen Inflationszahlen beziehen. Dem steht ein bayerisches Förderprogramm im unteren zweistelligen Millionenbereich gegenüber. In unsanierten Sportstätten bleiben jedoch die Energiekosten deutlich höher als in gerade sanierten oder neu gebauten. Aufgrund der sozialen Rolle der Bäder und Eishallen vor Ort können die Kosten nicht 1:1 auf die Eintrittspreise umgelegt werden, was wiederum den Handlungsspielraum deutlich schmälert, Investitionen zu tätigen.



Schwerpunkte der Förderprogramme nachbessern

Somit ist in der kommenden Legislaturperiode ein massives Sanierungsprogramm nötig, um den Regierungszielen der Schwimmfähigkeit, des Breitensports und der Gesundheitsangebote nachzukommen. Zwar gibt es in Bayern insgesamt drei Fördermöglichkeiten für Bäder, die aber vorrangig auf Schulschwimmbäder und touristische Infrastruktur abzielen. Ihre Struktur zur Beantragung, förderfähigen Kosten und das Gesamtvolumen reichen nicht aus, um die Situation für Vereine und Schulen, aber auch in Hitzesommern zu verbessern. Bürger:innen finden in Bädern Kühlung, wo Hitze Gesundheit und Alltag beeinträchtigen, ohne lange Wege mit zusätzlichem Verkehr.

Bisher fehlen in den Unterstützungen operative Kosten sowie Investitionen in die energetische Sanierung und in energieeffiziente

Maßnahmen. Letztere können aber entscheidend dazu beitragen, die operativen Kosten zu senken und gleichzeitig die Erreichung der Klimaziele vor Ort deutlich vorantreiben. Immer mehr Bäder bauen ihre Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger um, beispielsweise mittels Photovoltaik, Wärmepumpen, Thermalwasser oder Holzhackschnitzel. Parallel werden nach wie vor erdgasbetriebene BHKW genutzt, um über den steuerlichen Querverbund Verluste aus den Bädern oder Eishallen mit den Gewinnen aus anderen kommunalwirtschaftlichen Tätigkeiten, wie der Stromversorgung, zu verrechnen. In Anbetracht der notwendigen Transformation müssen der steuerliche Querverbund beibehalten und für seine Funktionsweise alternative Technologien berücksichtigt werden.



Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Investitionen und Unterhalt für Bäder und kommunale Sportstätten wie Eishallen gewährleisten
- › Bestehende Förderprogramme in Bayern finanziell aufstocken
- › Energetische Sanierung in den Förderprogrammen verankern
- › Investitionen in Energieeffizienz honorieren
- › Den steuerlichen Querverbund bewahren und die bisher einzige Nachweis-Technik „Gas-KWK“ durch neue Energie-wende-Techniken ergänzen (z.B. Wärmepumpe, PV)

› ABFALLWIRTSCHAFT UND STADTSAUBERKEIT: MODERNE ECKPFEILER DER KREISLAUFWIRTSCHAFT

Saubere Straßen, sichere Verkehrswege zu jeder Jahreszeit und aktiver Ressourcenschutz durch Abfallvermeidung, Recycling und energetische Nutzung von Abfällen: Dafür sorgt die kommunale Entsorgungswirtschaft jeden Tag aufs Neue. Wertstoffpotentiale werden bestmöglich ausgenutzt, restliche Abfälle erzeugen Strom und Wärme und schonen nachhaltig die Umwelt. Im kommunalen Winterdienst und mit den Bauhöfen wird sichergestellt, dass Straßen und Gehwege zeitnah geräumt und die Verkehrssicherungspflicht erfüllt wird. Dabei betreibt die Stadtreinigung „nicht nur“ Stadtbildpflege, sondern auch aktiven Umwelt- und Gewässerschutz.

Entsorgungszuständigkeit der Kommunen für alle Haushaltsabfälle

Die kommunalen Abfallentsorgungsbetriebe entsorgen die Abfälle der privaten Haushalte und des Gewerbes fachgerecht und sorgen für ihre Verwertung. Grundvoraussetzung hierfür ist die effektive Erfassung des Abfalls. Dafür entwickelt die Abfallwirtschaft bürgerfreundliche und ambitionierte Sammel- und Trennungssysteme und passt diese an die Bedürfnisse der Menschen an. Kommunale Strukturen sind dabei unerlässlich und für eine krisensichere und langfristig geplante Entsorgungssicherheit weiter zu stärken.

Kommunen – und damit den Gebührenzahlern – dürfen die lukrativen Abfallströme nicht entzogen werden, wie es teils momentan durch die Aufsplittung der Entsorgungszuständigkeit in eine für Verpackungsabfälle (Duale Systeme) sowie für die übrigen Haushaltsabfälle (öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger) erfolgt.

Aktiver Ressourcen- und Klimaschutz

Die Abfallwirtschaft in Bayern trägt erheblich zu einer Reduzierung der Klimaemissionen bei. Mittels moderner Recycling-, Verbrennungs- und Deponietechnik werden Abfälle als Rohstoffe und Energiequelle eingesetzt. Dabei spart die bayerische Kreislauf- und Abfallwirtschaft insgesamt jährlich rund 13 Millionen Tonnen Treibhausgase (ausgedrückt in CO₂-Äquivalenten) ein.

Grundsatz bleibt bei alledem: Der beste Müll ist der, der nicht entsteht. Mit einem ambitionierten Abfallvermeidungs- und -trennungsprogramm konnte die Hausmüllmenge in Bayern in den letzten zehn Jahren von 213 kg/Einwohner/Jahr auf 146,7 kg/Einwohner/Jahr gesenkt werden. Kampagnen wie „Let's Clean Up Europe“, bürgerschaftliches Engagement und die Sensibilisierung für den Umweltschutz unterstützen die Arbeit der Stadtreinigung nachhaltig. Vorsorge bedeutet, das Verursacherprinzip muss greifen,



etwa indem Hersteller von To-Go-Verpackungen an Folgekostenbeteiligt werden. Recyclingquoten müssen real erreicht werden, d. h. nur die tatsächlich wieder eingesetzten (Rohstoff-)mengen werden anerkannt. Produktverantwortung darf dabei nicht auf die Finanzierung von Entsorgungskosten reduziert werden: Zentrale Herausforderung echter Produktverantwortung ist die Verlängerung

von Produktlebenszyklen, Reparaturfähigkeit und Recyclfähigkeit. Darauf aufbauend entsteht eine Kreislaufwirtschaft und eine, auf ökologisch und ökonomisch sinnvolle Verwertung ausgerichtete Abfallwirtschaft trägt dazu bei, dass hochwertige Sekundärrohstoffe aus den Abfällen gewonnen werden.

Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- › Verursachergerechte Kostenverteilung ohne hohen Verwaltungsaufwand
- › Konkrete gesetzliche Regelungen zur Planung und Durchführung des Winterdienstes, über grundlegende Regelungen des BayStrWG hinaus
- › Kommunale Zuständigkeit für Abfälle aus privaten Haushalten nicht weiter aufweichen, um zentrale Ansprechpartner und eindeutige Zuständigkeiten zu bieten



› IHRE ANSPRECHPARTNER IN BAYERN



Marcus Steurer

Vorsitzender

Geschäftsführer der
infra fürth gmbh



**Gertrud
Maltz-Schwarzfischer**

Stellvertretende
Vorsitzende

Oberbürgermeisterin der
Stadt Regensburg



Franz Rauch

Stellvertretender
Vorsitzender

Geschäftsleiter
des Zweckverbands
Wasserversorgungsgruppe
Freising Süd



Sabine Schulz-Hammerl

Vorsitzende
Abfallwirtschaft und
Stadtreinigung

Zweite Werkleiterin
Abfallwirtschaftsbetrieb
München



Gunnar Braun

Landesgeschäftsführer
braun@vku.de



Moritz Maluska

Fachgebietsleiter
Energie, Telekommunikation,
Bäder
maluska@vku.de



Anne-Sophie Dörnbrack

Referentin
Wasser/Abwasser
doernbrack@vku.de



Marion Zilker

Referentin
EU Projekt ARSINOE
zilker@vku.de



Beatrix Foitzik

Assistentin
foitzik@vku.de

Kontakt

Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)

Landesgruppe Bayern

Emmy-Noether-Str. 2

80992 München

Fon: +49 89 2361-5390

E-Mail: lg-bayern@vku.de

www.vku.de/bayern

VKU Abfallwirtschaft und Stadtreinigung VKS

Landesgruppe Bayern

c/o Abfallwirtschaftsbetrieb München

Georg-Brauchle-Ring 29

80992 München

Fon: +49 89 233-31300

© Verband kommunaler Unternehmen e. V.
(VKU) Landesgruppe Bayern



Die kommunalen Unternehmen und der VKU sind Ihre Partner bei der Gestaltung wichtiger Zukunftsthemen mit dem Ziel, Bayern am Laufen zu halten und Lebensqualität zu sichern. Wir machen Bayern zukunftsfähig.

In Bayern sind 214 kommunale Unternehmen im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) organisiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen in Bayern leisten jährlich Investitionen in Höhe von über 2,5 Milliarden Euro, erwirtschaften einen Umsatz von mehr als 18 Milliarden Euro und sind Arbeitgeber für 41.000 Beschäftigte.

Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vertritt bundesweit über 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Rund 293.000 Beschäftigte erwirtschafteten 2020 Umsatzerlöse von 123 Milliarden Euro und investierten mehr als 16 Milliarden Euro. Im

Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 66 Prozent, Gas 60 Prozent, Wärme 88 Prozent, Trinkwasser 89 Prozent, Abwasser 45 Prozent. Die kommunale Abfallwirtschaft entsorgt jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und hat seit 1990 rund 76 Prozent ihrer CO₂-Emissionen eingespart – damit ist sie der Hidden Champion des Klimaschutzes.

Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 206 Unternehmen investieren jährlich über 957 Millionen Euro. Künftig wollen 80 Prozent der kommunalen Unternehmen den Mobilfunkunternehmen Anschlüsse für Antennen an ihr Glasfasernetz anbieten.

Bildnachweis

JochenNetzker – stock.adobe.com (Titelcover)
NewSaetiew – stock.adobe.com (Seite 6)
Svitlana – stock.adobe.com (Seite 7)
chambosan – stock.adobe.com (Seite 8)
animaflora – stock.adobe.com (Seite 9)
kathomenden – stock.adobe.com (Seite 10)
reimax16 – stock.adobe.com (Seite 11)
Wasser, Anne-Sophie Dörnbrack (Seite 13)
Wolfilser – stock.adobe.com (Seite 14)
mitifoto – stock.adobe.com (Seite 16)
VIEWFOTO STUDIO – stock.adobe.com (Seite 17)
fefufoto – stock.adobe.com (Seite 18)
Arochau – stock.adobe.com (Seite 19)
focus finder – stock.adobe.com (Seite 20)
aerogondo – stock.adobe.com (Seite 21)
Andy_Ilmerberger – stock.adobe.com (Seite 23)
Petair – stock.adobe.com (Seite 24)
Dmitry Vereshchagin – stock.adobe.com (Seite 25)
NDABCREATIVITY – stock.adobe.com (Seite 26)
TeamDaf – stock.adobe.com (Seite 27)
Hedgehog94 – stock.adobe.com (Seite 28)
Kleinkehrmaschine_VKU (Seite 29)
Porträt Marcus Steurer, VKU (Seite 30)
Porträt Gertrud Maltz-Schwarzfischer, VKU (Seite 30)
Porträt Franz Rauch, VKU (Seite 30)

Gestaltung und Produktion

Komplan Biechteler GmbH & Co. KG, München

› KOMMUNALE UNTERNEHMEN...

... erfüllen seit mehr als 100 Jahren den in Bayern **verfassungsmäßigen Auftrag** der Kommunen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht, Gas und elektrischer Kraft sowie zur Entsorgung von Abwasser und Abfall.

... **halten Bayern tagtäglich am Laufen** mit sicherer, qualitativ hochwertiger, preiswerter und nachhaltiger Ver- und Entsorgung für unsere Bürger:innen und unseren Wirtschaftsstandort.

... sind in ihrer **Dezentralität** wichtige Pfeiler einer pluralistischen Wirtschaft in Deutschland.

... schaffen und halten **Wertschöpfung in der Region** als Partner des lokalen Handwerks und der Unternehmen vor Ort.

... sind Partner ihrer Gemeinden, um deren verfassungsrechtlichen Auftrag zu erfüllen, Boden, Wasser und Luft als **natürliche Lebensgrundlage** zu schützen und auf sparsamen Umgang mit Energie zu achten.

... verfolgen **Gemeinwohl** und Bürgerinteressen. Sie handeln langfristig und nachhaltig vor Ort.

... **gehören den Bürger:innen** ihrer Kommune. Sie stellen ihre erwirtschafteten Gewinne Städten und Gemeinden zur Verfügung und nicht Finanzinvestoren oder Fonds.

... geben über Bürgerbeteiligungen den Menschen vor Ort einen direkten Bezug zum **Wert ihrer Infrastrukturen** der Daseinsvorsorge.

... tragen über den kommunalen Querverbund wichtige weiche **Standortfaktoren** wie ÖPNV, öffentliche Bäder oder Eishallen, die **Lebensqualität** schaffen.

... arbeiten **demokratisch legitimiert** durch kommunale Entscheidungsstrukturen. Sie füllen das unserem politischen System zugrundeliegende **Subsidiaritätsprinzip** mit Leben.

... sind Berater und Umsetzer der Kommunen, insbesondere bei Energiewende, kommunaler Wärmeplanung und Klimaschutzkonzepten. **Umweltschutz vor Ort** wird so gestaltbar.

... genießen sehr **hohes Vertrauen** bei den Bürger:innen.